

Wirtschaftschronik 1975 bis 1980¹⁾

1975

Das Jahr mit schwersten Rezession seit 1945. Auslandsnachfrage und heimische Investitionsnachfrage gehen real zurück, der private Konsum bleibt trotz Lohnsteuerreform 1975 hinter den Erwartungen zurück. Das Brutto-Inlandsprodukt (BIP) ist real um 1,7% niedriger als im Vorjahr. Während die reale Wertschöpfung im sekundären Sektor stark sinkt, expandiert der Dienstleistungssektor weiter. Neben der antizyklischen Wirtschaftspolitik ist es vor allem dieser Verlagerung zum tertiären Sektor zusammen mit der Verkürzung der gesetzlichen Arbeitszeit und dem weiteren Abbau der Ausländerbeschäftigung zu danken, daß die Beschäftigungssituation im Vergleich zur Konjunktorentwicklung relativ günstig bleibt (durchschnittliche Arbeitslosenrate 1975 2%). Der Konjunkturunbruch 1975 führt zu einem Preisverfall auf den internationalen Rohwarenmärkten, der nach und nach auch die Fertigwarenpreise drückt. Auch im Inland setzt sich die Verlangsamung des Preisauftriebs durch, sodaß die Teuerungsrate in Österreich weiterhin unter dem westeuropäischen Durchschnitt bleibt. Die Löhne ziehen 1975 wieder kräftig an, da die Lohnrunde im Herbst 1974 vom Konjunkturrückgang und der Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt noch kaum beeinflusst war.

Der Bundesvoranschlag für 1975 sieht im Grundbudget Einnahmen von 168 Mrd. S und Ausgaben von 184 Mrd. S vor. Die Stabilisierungsquote enthält Ausgaben von 3½ Mrd. S und die Konjunkturbelebungsquote von 3¼ Mrd. S. Im Verlauf des Jahres, als sich die Rezession abzuzeichnen beginnt, wird der Budgetvollzug wesentlich expansiver. Stabilisierungs- und Konjunkturbelebungsquoten werden in mehreren Etappen freigegeben. Das inlandwirksame Defizit erhöht sich von veranschlagten 6,9 Mrd. S auf 26,1 Mrd. S.

Seit Jahresbeginn beschleunigt sich die monetäre Expansion. Ursache sind umfangreiche Kapitalimporte des Bundes, der das Budgetdefizit weitgehend im Ausland finanziert, sowie der privaten Nichtbanken.

1. Jänner: Die Zölle zwischen der EG und Österreich sinken auf 40% ihres Ausgangswertes.

23. Jänner: Lebensmittelgesetz 1975

¹⁾ Auf Wunsch kann gegen Kostenbeitrag eine hektografierte Fassung für den Zeitraum 1955 bis 1974 bezogen werden.

20. März: Der Nationalrat beschließt das Ausländerbeschäftigungsgesetz, das am 1. Jänner 1976 in Kraft tritt.

11. April: Bindung von Ermessenskrediten im Budgetvollzug des Bundes wird teilweise aufgehoben; Ausgaben im Ausmaß von rund 4,5 Mrd. S werden vorgezogen.

24. April: Die Notenbank senkt den Diskont- und Lombardsatz um je einen halben Prozentpunkt auf 6% bzw. 6½%.

11. Juni: Das Bundesgesetz über die Zusammenfassung der Unternehmungen der verstaatlichten Edelmetallindustrie wird beschlossen.

19. Juni: Abschluß der Phase VI des laufenden Stabilisierungsprogramms mit weiteren expansionsfördernden Änderungen; Kreditlimes wird praktisch außer Kraft gesetzt.

3. Juli: Das Forstgesetz 1975 wird beschlossen.

12. Dezember: Durch das Abgabenänderungsgesetz wird ab 1976 der Normalsatz der Mehrwertsteuer von 16% auf 18% erhöht.

1976

Nach dem Konjunkturunbruch des Vorjahres wächst die österreichische Wirtschaft 1976 real um 5,8%. Das Wachstum des Inlandsproduktes bleibt hinter der Zunahme der Inlandsnachfrage zurück, sodaß sich die Handelsbilanz trotz einer starken Ausweitung der Exporte sprunghaft verschlechtert.

Der Bundesvoranschlag für 1976 sieht im Grundbudget Ausgaben von 215,4 Mrd. S und einen Abgang von 36,1 Mrd. S vor, der Konjunkturausgleichsvoranschlag umfaßt Ausgaben von 7,1 Mrd. S. Der inlandwirksame Saldo soll weniger expansiv wirken als 1975 und auf 19,0 Mrd. S zurückgehen. Im Budgetvollzug wird zur Behebung der Konjunktur ein Teil des Konjunkturausgleichsvoranschlags freigegeben, der überwiegend der Bauwirtschaft zugute kommt. Dadurch entstehen Mehrausgaben von 6,5 Mrd. S, denen Mindereinnahmen von 1,5 Mrd. S gegenüberstehen, die teilweise noch Folge des Konjunkturrück-

schlags sind. Der Abgang im Budget erhöht sich auf 44,0 Mrd. S und der inlandwirksame Saldo auf 26,5 Mrd. S

1 Jänner Die Zölle zwischen der EG und Österreich sinken auf 20% des Ausgangsniveaus

Die Phase VII der Stabilisierungsmaßnahmen läuft an: Die Nationalbank verzichtet auf ihr Recht, Rediskontierungen von der Einhaltung des "Limes" abhängig zu machen.

Reliberalisierung des Kapitalverkehrs mit dem Ausland.

Jänner Die Bundesregierung beschließt ein Maßnahmenpaket zur Ankurbelung der Wirtschaft. Neben der Freigabe von Mitteln aus dem Konjunkturausgleichsvoranschlag wird u. a. die Bundesmineralölsteuer erhöht (dadurch wird jährlich zusätzlich 1 Mrd. S für Straßenbau gewonnen), die Investitionssteuer 1976 ausgesetzt, ferner wird für 1976 wieder eine vorzeitige Abschreibung für Bauten gestattet, über ERP-Fonds und Investitionskredit-AG werden verbilligte Investitionskredite vergeben, die Exportfinanzierung wird durch Erhöhung des Haftrahmens verbessert.

23. Jänner Der Diskont- und Lombardsatz wird um je einen Prozentpunkt auf 5% bzw. 5½% gesenkt.

19. Mai Das Viehwirtschaftsgesetz 1976 wird beschlossen. Der Nationalrat verabschiedet das Erdöl-Bevorratungs- und Meldegesetz 1976. Es sieht vor, bis zum Jahr 1980 Vorratslager in einer Höhe zu schaffen, die es ermöglicht, ohne Nettoeinfuhren den Bedarf von 60 Tagen zu decken.

Das Preisregelungsgesetz 1957 und das Preistreibeigesetz 1959 werden durch ein neues Preisgesetz abgelöst, das die Möglichkeiten zur Preisregelung durch das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie verstärkt. Das neue Gesetz tritt am 1. Juli 1976 in Kraft.

Juni Phase VIII des Stabilisierungsabkommens wird verlängert, doch wird die Einhaltung des "Limes" weiterhin ausgesetzt. Außerdem werden Maßnahmen zur Senkung des Zinsniveaus getroffen.

9. Juni Der Nationalrat beschließt das Bundesgoldmünzengesetz 1976. Das Marktordnungsgesetz 1967 wird durch das Marktordnungsgesetz 1976 und das Viehwirtschaftsgesetz 1976 abgelöst.

23. Juni Zur Sicherung der Energieversorgung Österreichs wird das Energielenkungsgesetz 1976 beschlossen.

Oktober Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer

30. November Änderungen des Prämiensparförderungsgesetzes und des Einkommensteuergesetzes reduzieren die staatliche Sparförderung.

7. Dezember Stabilisierungsphase IX: Bundesministerium für Finanzen, Oesterreichische Nationalbank und Kreditapparat vereinbaren die Weiterführung des bisherigen Stabilisierungsabkommens.

13. Dezember Durch die 32. Novelle zum ASVG wird der Versichertenkreis, vor allem in der Krankenversicherung, bedeutend ausgeweitet. In der Pensionsversicherung wird es außerdem in eingeschränktem Ausmaß möglich, eine nachträgliche freiwillige Versicherung abzuschließen.

1977

Im Laufe des Jahres 1977 wird deutlich, daß die Weltwirtschaft die Folgen des Konjunktur einbruchs 1975 noch nicht überwunden hat. In Österreich schwächt sich die Konjunktur im Jahresverlauf rasch ab. Wie bereits im Vorjahr übersteigt die Inlandsnachfrage die Inlandsproduktion beträchtlich, sodaß sich die österreichische Handelsbilanz weiter verschlechtert und ein Rekorddefizit von 9% (gemessen am BIP) erreicht. Der im Vorjahr begonnene Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt setzt sich fort und drückt die Arbeitslosenrate im Durchschnitt 1977 auf 1,8%.

Im Bundesvoranschlag 1977 — er sieht im Grundbudget Ausgaben von 240,8 Mrd. S und einen Abgang von 43,6 Mrd. S vor — wird versucht, die expansiven Effekte, die in den beiden Vorjahren vom Budget ausgingen, abzubauen und der inländischen Nachfrage keine zusätzlichen Impulse zu geben. Im Vollzug sind, verglichen mit dem Voranschlag, nicht nur die Einnahmen niedriger, sondern erstmals seit 1969 wird auch weniger ausgegeben, als präliminiert war. Das inlandwirksame Defizit verringert sich dadurch auf 23,1 Mrd. S und liegt sowohl unter jenem des Bundesvoranschlags als auch unter jenem der Jahre 1976 und 1975.

8. Juni Im Interesse einer verstärkten Stabilisierungspolitik und der Verbesserung der Zahlungs- und Leistungsbilanz erhöht die Notenbank ihre Refinanzierungssätze um 1½ Prozentpunkte und führt die aktivseitige Kreditkontrolle ("Limes II") wieder ein. Der allgemeinen Kreditrestriktion stehen Maßnahmen einer gezielten Investitions-, Export- und Fremdenverkehrsförderung gegenüber.

29. Juni Das Bundesgesetz zur Verbesserung der Nahversorgung und der Wettbewerbsbedingungen wird beschlossen.

1. Juli: Völliger Zollabbau zwischen Österreich und der EG (ausgenommen für sensible Produkte und Agrarprodukte).

1. November: Beschränkung der Liste jener Waren, die bisher auch aus Nicht-EG- und Nicht-EFTA-Ländern zollbegünstigt eingeführt werden konnten. Davon werden 200 Positionen betroffen (vor allem Nahrungsmittel, Textilien und Bekleidung sowie verschiedene elektrotechnische Erzeugnisse).

13. Dezember: Zur Entlastung des Staatshaushalts und zur Verbesserung der Leistungsbilanz werden durch das 2. Abgabenänderungsgesetz 1977 sowie das Sozialversicherungsänderungsgesetz 1977 u a folgende Maßnahmen getroffen: Reduzierung der Abschreibungsmöglichkeiten von Kraftfahrzeugen, Einführung eines dritten Mehrwertsteuersatzes von 30% für "Luxusgüter", Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge.

1978

Mäßiges Wachstum und ausgeprägte Unterschiede zwischen Inlands- und Auslandsnachfrage kennzeichnen die österreichische Konjunktur. Zum Teil als Folge der Vorziehkäufe im IV Quartal 1977 (vor der Einführung des dritten Mehrwertsteuersatzes) ist die inländische Endnachfrage real um 3% niedriger als im Jahr zuvor. Parallel dazu sinkt auch das Importvolumen. Die Exporte können dagegen kräftig gesteigert werden. Dadurch wird das Leistungsbilanzpassivum, das sich 1976 und 1977 zum Hauptproblem der Wirtschaftspolitik entwickelt hatte, beträchtlich reduziert. Die angesichts des geringen Wirtschaftswachstums günstige Beschäftigungslage der Gesamtwirtschaft ist überwiegend eine Folge der noch immer rasch wachsenden Arbeitskräftenachfrage im tertiären Sektor. Außerdem werden ausländische Arbeitskräfte abgebaut. Die Zurückhaltung der Sozialpartner bei der diesjährigen Lohnrunde hat eine deutliche Verlangsamung des Lohn- und Preisaufliebs zur Folge.

Der Bundesvoranschlag 1978 sieht Gesamtausgaben von 267,7 Mrd. S und ein inlandwirksames Defizit von 26,3 Mrd. S vor. Daneben enthält der Konjunkturausgleichshaushalt Ausgaben von 5,2 Mrd. S. Im Vollzug steigt das inlandwirksame Defizit gegenüber dem Voranschlag um 2,7 Mrd. S auf 29,0 Mrd. S.

1. Jänner: Eine Zuwachsbegrenzung für "Konsum"-Kredite tritt in Kraft. Die zulässige monatliche Ausweitung beträgt 0,55% der Berechnungsbasis (Kredite insgesamt + 1,1%).

Neuer Finanzausgleich tritt in Kraft: Die Länder setzen die Landesumlage von 12,5% auf 10% zugunsten der Gemeinden herab.

April: Der Ministerrat billigt ein Investitionsförderungsprogramm; u. a. sind im Zeitraum 1978 bis 1980

Darlehen durch die Investitionskredit-AG von 10 Mrd. S und Zinsstützungen aus Budgetmitteln von 1,7 Mrd. S vorgesehen

19. April: Die Nationalbank senkt die Sonderzinsen für Mindestreservenfehlbeträge und stockt den Offenmarktrahmen von 5 Mrd. S auf 9 Mrd. S auf

23. Mai: Änderung der Marktordnungsgesetze mit Wirksamkeit ab 1. Juli 1978. Kernstück ist die Neuregelung der Absatzförderung von Milch, wodurch das "Krisengroschen-System" abgelöst wird.

29. Juni: Beschluß des Straßenverkehrsbeitragsgesetzes, wonach ab 1. Juli eine Abgabe für die Beförderung von Gütern auf der Straße eingehoben wird. Die Zinssenkungspolitik, die von den Währungsbehörden bereits vor Monaten eingeleitet wurde, wird fortgesetzt: Die Notenbank senkt den Diskont- und Lombardsatz um je einen Prozentpunkt, am 1. Juli wird der Eckzinssatz von 4½% auf 4% herabgesetzt

18. Oktober: Das neue Versicherungsgesetz, das 1979 in Kraft tritt, wird verabschiedet.

5. November: Volksabstimmung über die Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf; eine knappe Mehrheit spricht sich dagegen aus

7. November: Die Einkommensteuergesetznovelle — sie tritt am 1. Jänner 1979 in Kraft — bringt über eine Anhebung der Absetzbeträge eine Senkung der Lohn- und Einkommensteuer.

15. Dezember: Das Finanzausgleichsgesetz 1979, das den Finanzausgleich für die Jahre 1979 bis 1984 regelt, wird beschlossen. Der Nationalrat verabschiedet das Bundesgesetz über das Verbot der Nutzung der Kernspaltung für die Energieversorgung Österreichs.

1979

Nach der Dämpfung des Nachfragewachstums im Vorjahr — nicht zuletzt durch gezielte Maßnahmen der Wirtschaftspolitik — erholt sich die österreichische Konjunktur deutlich. Angesichts der konjunkturbedingt günstigen Beschäftigungslage und der unerwartet geringen Passivierung der Leistungsbilanz rückt die Aufrechterhaltung der Preisstabilität in den Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Bestrebungen. Die forcierte Hartwährungspolitik soll inflationäre Auslandseinflüsse dämpfen und damit die mäßige Lohnpolitik der Gewerkschaften unterstützen.

Der Bundesvoranschlag 1979 ist mit einem inlandwirksamen Defizit von 28,3 Mrd. S trotz der Einkom-

men- und Lohnsteuersenkung als leicht restriktiv zu beurteilen. Im Vollzug werden die nachfragedämpfenden Wirkungen noch verstärkt, das inlandwirksame Defizit sinkt auf 26,4 Mrd. S

Jänner: Die vorzeitige Abschreibung für bauliche Investitionen wird für zwei Jahre verlängert.

24. Jänner: Mit den Bundesgesetzen über das Kreditwesen (KWG), über die Ordnung des Sparkassenwesens (Sparkassengesetz) und über die Ausgabe von Schuldverschreibungen (Wertpapier-Emissionsgesetz) wird mit Wirkung vom 1. März 1979 das österreichische Kreditwesen neu geregelt. Weiters werden Maßnahmen zum zweiten Strukturförderungsprogramm gesetzt (Zuschüsse zu strukturverbesserten Krediten).

25. Jänner: Senkung des Diskont- und des Lombardsatzes der Nationalbank um 0,75 Prozentpunkte, Aufstockung des Offenmarktrahmens.

23. Februar: Der Nationalrat verabschiedet das Arbeiterabfertigungsgesetz. Rückwirkend ab 1. Jänner wird die Investitionssteuer aufgehoben.

März: Neues Habenzinsabkommen tritt in Kraft.

8. März: Beschluß des Konsumentenschutzgesetzes, das am 1. Oktober 1979 in Kraft tritt.

13. März: Das Europäische Währungssystem (EWS) tritt in Kraft.

1. Juni: Die OPEC erhöht die Erdölpreise drastisch. Der ab 1. Juni 1979 gültige Durchschnittspreis liegt um 42% über dem Preis von Ende 1978.

August: Abschluß eines Vertrags zwischen der Republik Österreich und dem Automobilkonzern General Motors über den Bau eines Motorenwerkes in Wien.

6. September: Kürzung der staatlichen Sparförderung.

7. September: Die Oesterreichische Nationalbank stärkt den Schilling um 1,5%.

17. September: Nachdem unter dem Druck der ausländischen Finanzmärkte bereits im Juni der Nominalzinssatz auf dem Kapitalmarkt erhöht worden war, folgt nun eine differenzierte Anhebung des Diskont- und Lombardsatzes der Notenbank.

24. September: Das erste Realignment im Europäischen Währungssystem bringt eine DM-Aufwertung. Das Schilling/DM-Verhältnis bleibt unverändert.

4. Dezember: Durch die 34. Novelle zum ASVG und entsprechende Begleitnovellen werden die Sozialversicherungsbeiträge erhöht und eine Reihe weiterer Maßnahmen getroffen, die der finanziellen Entlastung des Bundeshaushalts dienen.

18. Dezember: Die Einkommensteuergesetznovelle 1979 bringt die steuerliche Begünstigung bestimmter energiesparender Ausgaben.

1980

Die internationale Konjunktur verschlechtert sich im 1. Halbjahr als Folge des zweiten Erdölschocks und der restriktiver werdenden Wirtschaftspolitik. Seit dem Frühjahr befindet sich auch die österreichische Konjunktur in einer Abschwungphase. Trotz Abschwächung der Inlandsnachfrage wachsen die Importe rascher als die Exporte. Die dadurch bedingte Passivierung der Leistungsbilanz sowie das hohe Zinsniveau im Ausland zwingen die Wirtschaftspolitik auf einen restriktiven Kurs. Das Ziel der Vollbeschäftigung bleibt dennoch bis Jahresende ungefährdet. Der Bundesvoranschlag für 1980 präliminiert im Grundbudget die Ausgaben mit 302,2 Mrd. S und die Einnahmen mit 253,3 Mrd. S. Das veranschlagte inlandwirksame Defizit beträgt 25,8 Mrd. S. Außerdem ist ein Konjunkturausgleichshaushalt mit Ausgaben von 5,0 Mrd. S vorgesehen. Insgesamt ist der Voranschlag als restriktiv anzusehen. Zur Verringerung des Budgetabgangs gegenüber den Vorjahren trägt vor allem die Zurückhaltung bei den Ausgaben bei. Im Vollzug wurden die restriktiven Wirkungen noch leicht verstärkt. Das inlandwirksame Defizit verringert sich auf 23,8 Mrd. S.

Jänner: Einführung steuerlicher Begünstigungen für energiesparende Investitionen von Industrie, Gewerbe und privaten Haushalten.

1. Jänner: Ende des Zollabbaus zwischen Österreich und der EG für sensible Produkte (ausgenommen Papier).

23. Jänner: Erhöhung der Refinanzierungssätze der Notenbank um 1½ Prozentpunkte. Im Jänner beginnt die Notenbank mit einer Geldmarktsteuerung mittels kurzfristiger Offenmarkttransaktionen.

20. März: Die Refinanzierungssätze werden neuerlich um 1½ Prozentpunkte angehoben; mit Wirksamkeit ab April werden die aktivseitigen Kreditbeschränkungen verschärft.

1. Juli: Das im Vorjahr vereinbarte Habenzinsabkommen läuft ersatzlos aus.

Juli: Erhöhung der Bundesmineralölsteuer.

4. September: Ab Oktober werden die Kreditbeschränkungen neuerlich verschärft.

26. November: Durch das Abgabenänderungsgesetz 1980 wird u. a. ein Mehrwertsteuersatz von 13% für Energie eingeführt.

Der Nationalrat beschließt das Bundesgesetz über eine Sonderabgabe von Kreditinstituten sowie das Bundesgesetz über eine Sonderabgabe auf Erdölprodukte.

Peter Szopo